

Bauernbund Brandenburg begrüßt Obergrenzen-Bekenntnis des EU-Parlaments

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt die eindeutige Stellungnahme des Agrarausschusses des EU-Parlaments für die Einziehung betrieblicher Obergrenzen bei den Agrarsubventionen. Der Ausschuss hatte gestern in einer Kampfabstimmung mit deutlicher Mehrheit einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt.

“Wenn wir den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft an Investoren stoppen wollen, sind Obergrenzen ein wichtiger Schritt”, sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Kapitalanleger würden sich bevorzugt in Großbetriebe einkaufen, weil ihnen dort umfangreiche Subventionen sicher seien. Die Forderung nach Obergrenzen werde in Brandenburg inzwischen auch von CDU und Bündnisgrünen unterstützt.

Kritisch sieht der Bauernbund das vom Agrarausschuss ebenfalls befürwortete sogenannte Greening, dass die Agrarsubventionen an zusätzliche Umweltauflagen bindet. Jung: “Wir haben nichts dagegen, wenn die bestehenden freiwilligen Agrarumweltprogramme gestärkt und ausgeweitet werden, aber hier ein neues umweltpolitisches Instrument einzubauen, macht den EU-Agrarhaushalt nur noch komplizierter und bürokratischer.”

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*